



Die Republik am Scheideweg: Atatürks Erbe unter Beschuss

Karaahmetoğlu: Demokratie der Türkei untrennbar mit Laizismus verbunden

Die türkische Republik steht vor einer Zerreißprobe. Seit über 100 Jahren bildet das Erbe Mustafa Kemal Atatürks das Fundament eines modernen laizistischen Staates. Mit bahnbrechenden Reformen wie der Aufhebung des Kalifats (1924), der Einführung der lateinischen Schrift (1928) und der rechtlichen Gleichstellung von Frauen vollzog Atatürk einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit. Sein Ziel war die konsequente Trennung von Staat und Religion – der Glaube sollte zur Privatangelegenheit werden. So hatte es auch die SPD bereits auf ihrem Erfurter Parteitag 1891 beschlossen hatte.



Macit Karaahmetoğlu, MdB und
Präsident der Deutsch-Türkischen
Gesellschaft mit Özgür Özel
beim Berliner SPD-Parteitag.
(Foto: Knab)

Unsere sozialdemokratische Schwesterpartei, die CHP, wurde 1923 als Instrument dieser Modernisierung gegründet. Sie hütet bis heute die „Sechs Pfeile“ des Kemalismus, zu denen der Laizismus als zentraler Pfeiler gehört. Doch dieses Fundament bröckelt: Unter Präsident Erdoğan wird der Einfluss der Religion auf den Staat systematisch ausgeweitet, was etwa durch die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee oder die immer stärkere öffentliche Präsenz von Vertretern der staatlichen Religionsbehörde deutlich wird.

Besonders alarmierend ist die aktuelle „Oktopus-Taktik“ der von Erdoğan instrumentalisierten Justiz gegen die CHP-Führung. Um diese zu verstehen, hilft ein kurzer Rückblick auf die vergangenen Jahre:

Im Mai 2023 verliert der CHP-Präsidentschaftskandidat Kemal Kılıçdaroğlu – wie alle Wahlen während seines Parteivorsitzes – auch diese Wahl gegen Erdogan. Im

November 2023 wird Özgür Özel mit der Unterstützung des äußerst populären Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu an die Spitze der CHP gewählt – in einer Kampfkandidatur gegen den amtierenden Kılıçdaroğlu. Fortan wendet sich das Blatt für die CHP. Die Kommunalwahlen 2024 gewinnt die Partei deutlich. Ein politischer Wandel scheint nun immer greifbarer.

Ein Jahr später, im März 2025 erfolgt der große Knall: Ekrem İmamoğlu, inzwischen ärgster Widersacher Erdogans, wird unter offenkundig politisch motivierten Vorwürfen festgenommen. Um ihn als aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten der Opposition auszuschalten, wird ihm zudem sein Universitätsabschluss aberkannt.

Das alles ändert nichts an der Popularität İmamoğlus und der CHP unter Führung von Özgür Özel – seriöse Umfragen zeichnen weiterhin ein klares Bild für die CHP und gegen Erdogans AKP. Der Präsident, der sich bereits 2027 in vorgezogenen Wahlen erneut wählen lassen müsste, weil ihm beim Erreichen der regulär 2028 angesetzten Wahlen keine weitere Amtszeit zustünde, zieht nun alle Register: Ein Gericht annulliert vor wenigen Wochen den bereits drei Jahre zurückliegenden CHP-Parteitag von 2023 und verfügt so die Absetzung des Parteichefs Özgür Özel. Als sein Nachfolger wird der mehrfach Erdoğan unterlegene Kılıçdaroğlu installiert. Ein Schachzug, der deutlich macht: Der Präsident versucht, der Opposition auch noch den letzten Zahn zu ziehen. Der abgesetzte Özel hatte nach İmamoğlus Inhaftierung die Proteste von CHP und Zivilgesellschaft angeführt und wurde schnell zum neuen Gesicht des Kampfes für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei sowie größter Unterstützer des inhaftierten İmamoğlu als Präsidentschaftskandidat.

Für uns als Sozialdemokraten, Säkularisten und Humanisten ist klar: Hier wird versucht, die demokratische Opposition immer und immer wieder zu enthaupten, um den Machterhalt des Apparates Erdoğan zu sichern. Der Schutz der Demokratie in der Türkei ist untrennbar mit der Verteidigung des laizistischen Erbes Atatürks verbunden. Wir stehen deshalb solidarisch an der Seite unserer Freunde in der CHP.

Macit Karaahmetoğlu



CHP-Chef Özgür Özel, bei seinem Grußwort zum Bundesparteitag 2023 der SPD. (Foto: privat)



Diese Solidarität bewies in der vorigen Woche eine hochrangige SPD-Delegation durch ihren Besuch in der CHP-Parteizentrale in Ankara. Hier bei der Abschlusspressekonferenz mit (v.l.n.r.) Philipp Türmer (Juso-Vorsitzender), Katarina Barley (Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments), Serdar Yüksel (MdB), dem gewählten CHP-Vorsitzenden Özgür Özel und dem Stellvertretenen SPD-Bundesvorsitzenden und bisherigen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer.

© Fionn Große / SPD



Prinzipien der Menschenwürde sind neu!

Christliches Narrativ durch historische Praxis konterkariert

Prof. Dr. Wolfgang Schmale von der Universität Wien entfaltete online bei aksh.bundesweit.digital des Arbeitskreises Säkularität und Humanismus (AKSH) am 1. Juni 2026 eine kritische Perspektive auf die historische Entwicklung der Menschenrechte. Er wendet sich gegen lineare Fortschrittserzählungen und zeigt, dass frühe Rechteerklärungen wie die Magna Carta keine Menschenrechte im heutigen Sinne formulierten, sondern exklusive Machtrechte für begrenzte Gruppen. Wirklich neu seien erst nach dem Zweiten Weltkrieg die Prinzipien der Menschenwürde, des „Rechts, Rechte zu haben“ und der Inklusivität, entwickelt im Schatten des Holocausts, ethnischer Säuberungen und kolonialer Gewalt.



Schmale kritisiert ideengeschichtliche Narrative, die das Christentum oder die katholische Kirche als Ursprung der Menschenrechte ausgeben, da diese Deutungen durch die historische Praxis der Institutionen konterkariert werden. Leitend ist für ihn die Frage, ob es historisch um Menschenrechte um des Menschen willen oder primär um Macht ging. Er plädiert für einen dezentrierten, multiperspektivischen Ansatz: Ideen allein reichten nicht aus, sondern müssten im Zusammenhang mit einer „Geschichte der Menschenrechte von unten“ gesehen werden, die sozialgeschichtliche Praktiken, zivilgesellschaftliche Bewegungen und koloniale Verbrechen einbezieht.

Er betont, dass viele Erzählungen interessengeleitet sind und kritisch hinterfragt werden müssen. Eine Meistererzählung vom stetigen Fortschritt lehnt er ab und verweist auf wiederkehrende Rückschritte. Angesichts neuer Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung und neuer Technologien müsse die Menschenrechtsfrage neu gestellt und im Sinne einer demokratisch-menschenrechtlichen Identität historisch-kritisch reflektiert werden.

In der anschließenden Diskussion wurde das Zusammenspiel von Ideen und Interventionen „von unten“ vertieft. Die in der Aufklärung entstandene Vorstellung universeller individueller Menschenrechte galt zunächst nur für europäische Männer; erst der Druck der Frauenbewegung führte dazu, dass sie auch für Frauen beansprucht wurden, und durch das Reklamieren dieser Rechte durch ehemalige Kolonien wurde ihr inklusiver Anspruch für alle deutlich, wie es in der UN-Menschenrechtserklärung von 1948 sichtbar wird. Zudem wurde diskutiert, dass neben dem Christentum auch der Islam versucht hat, Menschenrechte für sich zu beanspruchen, und dass an der Erklärung von 1948 zahlreiche nicht-europäische Akteurinnen und Akteure maßgeblich beteiligt waren.

Amardeo Sarma

Save-the-date: AKSH Fachtagung und Jahrestagung 6./7. Nov. 2026

Am Freitag, den 6. November 2026 von 13.00 - 17.00 Uhr planen wir in Hannover eine **Fachtagung** zum Thema: **"Ethik/Religionskunde - wie kann ein gemeinsames Wertefach Bedeutung für die Grundsatzprogrammdiskussion der SPD gewinnen?"** Bildung ist zwar überwiegend Ländersache, beschäftigt den AKSH jedoch seit seiner Gründung. Die Tagung richtet sich an bildungspolitisch Interessierte aus allen Bundesländern.

Am Samstag, den 7. November 2026 von 11.00 Uhr - 17.00 Uhr wird die **AKSH-Jahrestagung** ebenfalls in Hannover mit neuen/alten Themen und neuen Formaten stattfinden. Wir wollen uns nach den Landtagswahlen mit der aktuellen **Situation und der Zukunftsperspektive der Sozialdemokratie** befassen und über den **Beitrag aus säkularer und humanistischer Perspektive** mit Expert*innen in und außerhalb der SPD diskutieren.

Einladung folgt!



Queer und Glaube

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, Religion und der säkulare Staat

Für den 11. Juni, den Tag an dem vor 32 Jahren der berüchtigte § 175 StGB fiel und männliche homosexuelle Handlungen nicht mehr unter Strafe fielen, hatte die SPD-AG Queer gemeinsam mit dem AKSH zu einer Video-Diskussion eingeladen.

Zunächst berichtete Henny Engels vom Verband Queere Vielfalt e.V. (LSVD+) über ihre Erfahrungen. Als frühere hauptamtliche Funktionärin des BDJ, des Bundes katholischer Jugend, später dann u.a. im Beirat der Bundesantidiskriminierungsstelle, berichtete sie von ihren langjährigen Erfahrungen mit den (sehr!) allmählichen Änderungen im Bereich der katholischen Kirche schwulen Menschen gegenüber. Sie plädierte für ein klares Primat der Menschenrechte – aber auch für die Selbstbestimmung der Kirche bei inneren Angelegenheiten.

Ali Ertan Toprak, CDU-Politiker, mit als Kurde und Alevit zwei Minderheiten-Erfahrungen im Herkunftsland Türkei, forderte einen klaren Verfassungspatriotismus und wandte sich gegen die verbreitete Nachsichtigkeit insb. vermeintlich progressiver Kreise gegenüber religiösen queerfeindlichen Traditionen im Islam. So würde der Einfluss islamistischer Organisationen (z.B. Milli Görüs) hierzulande nach wie vor stark unterschätzt.

Unter der umsichtigen Leitung von Carola Ebhardt (SPDqueer) und Oliver Czulo (AKSH) war die geplante Stunde schnell überschritten. Zahlreiche Stichworte blieben notiert und sollen bei einem nächsten Video-Chat aufgerufen werden.

Gerhard Lein



Humanistische Hochschule Berlin hilft *Mubarak Bala*

Seit Mai dieses Jahres hat der bekannte nigerianische Humanist und Atheist Mubarak Bala endlich eine Bleibeperspektive in Deutschland. Dazu hat ihm die Humanistische Hochschule Berlin eine feste Beschäftigung ermöglicht. Er wird an dieser neuen Hochschule den Ausbau des Internationalisierungsprozesses unterstützen und punktuell auch in die Lehre eingebunden werden und Vorträge halten.



Mubarak Bala

© hvd/hessen

Zur Erinnerung: Der aus einer tieferreligiösen Familie stammende Ingenieur Bala Mubarak (42 Jahre alt) wurde nach seiner Abkehr vom Islam mit dem Tode bedroht, verhaftet und wegen Blasphemie zu 24 Jahren Haft verurteilt. Noch kurz vor seiner Verhaftung wurde sein Sohn geboren. Nicht zuletzt als Präsident der Nigerianischen Humanistischen Vereinigung wurde sein Fall weltbekannt. So setzten sich u.a. die Humanist International (HI) und United States Commission on International Religious Freedom für ihn ein. Auf diesen Druck hin wurde er in 2024 nach vier Jahren Haft entlassen und konnte nach Deutschland kommen. Hier und in anderen europäischen Ländern konnte er bereits auf vielen Veranstaltungen über seinen Fall berichten und zur Solidarität mit ähnlich gelagerten Fällen aufrufen. Mit der Arbeitsaufnahme an der Humanistischen Hochschule dürfte sich auch die Perspektive für seinen Aufenthaltsstatus deutlich verbessern.

Bruno Osuch



Buchtipps

Humanistische Lebensbegleitung in Krisenzeiten



De Gruyter (Verlag)
VIII, 173 Seiten
2026
978-3-11-914448-3

Ralf Schöppner (Herausgeber)

Zurzeit bedrängen uns Klimawandel, neue Kriege, soziale Ungleichheit und Anfeindungen gegen die Demokratie.

Der Sammelband untersucht die Potentiale von Philosophie, Psychologie und humanistischer Weltanschauung, Menschen beim Umgang mit schwierigen Herausforderungen unterstützen zu können. Neben wissenschaftlichen Beiträgen enthält der Band Praxisreflexionen von Psycho- und Traumatherapeut:innen, Lehrer:innen und einer humanistischen Beraterin. Ob Lebenskunst, heitere Melancholie, Resilienz, Dialektik der Hoffnung, Helfen ohne Heil oder das Philosophieren mit Kindern: Die vorgestellten Strategien und Konzepte bieten Umgangs- und Auswegsoptionen, ohne doch mögliche Grenzen zu verschweigen.

www.degruyterbrill.com/de/document/doi/10.1515/9783112229101/html

Mit Gott gegen die Demokratie



Gütersloher
Verlagshaus
Hardcover,
224 Seiten,
ISBN:
978-3-579-06202-0

Arnd Henze (Mitglied der EKD-Synode)

Über die unheilige Allianz von Macht und Religion

»Im Bündnis mit der Macht des US-Präsidenten hat sich der christliche Nationalismus zu einer globalen Bedrohung für Demokratie und Rechtsstaat radikalisiert. Aber er ist nicht allmächtig. Widerstehen ist möglich! «

Sie rufen "Christ is King!" und wollen Staat und Gesellschaft in eine Theokratie umwandeln. In Donald Trump sehen sie einen von Gott gesandten Rächer. Dessen Kriegsminister inszeniert sich als "Christian Warrior".

Arnd Henze zeigt, wie Religion zum Machtinstrument wird. Das Buch stellt zentrale Akteure vor, untersucht die Strategien der Gotteskrieger und erklärt, wie sie sich global vernetzen.

Der Autor verbindet präzise Recherche mit historischer Tiefenschärfe und fragt, welche Lehren aus der Vergangenheit heute weiterhelfen. Sein Ausblick bleibt hoffnungsvoll: Wer die Mechanismen versteht, mit denen Religion zur politischen Waffe wird, kann sich wehren.

Mit zahlreichen QR-Codes zu weiterführenden audiovisuellen Quellen

Weitergabe des Newsletters an Interessierte erlaubt und erwünscht!
Informationen auf unserer Website aksh.spd.de – bei Interesse [hier](#) anmelden.